

- 5.1 Aufnahme in den Straßennamenpool - Hannah von Bredow
Vorlage: 18/SVV/0566
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.2 Finanzielle Hilfe für das Filmorchester Babelsberg
Vorlage: 18/SVV/0617
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
- 5.3 Mieten Rechenzentrum
Vorlage: 18/SVV/0601
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
HA
- 5.4 Verbuchung Einnahmeverluste Rechenzentrum beim Sanierungsträger
Vorlage: 18/SVV/0591
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
HA, FA
- 5.5 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen
Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 18/SVV/0634
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
JHA, HA
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Bebauungsplan Nr. 78 "Französische Straße/Quartier Français", 1. Änderung,
Teilbereich Am Kanal/Französische Straße - Aufstellungsbeschluss,
Beschlusspunkt 4 - Erhalt des Kunsthauses "sans titre"
Vorlage: 18/SVV/0163
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.2 Fortsetzung freiLand Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0584
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
- 6.3 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 18/SVV/0648
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 6.4 Zwischenbericht "Denkmal für die Friedliche Revolution" gemäß Beschluss
18/SVV/0063

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden sowie den Gastgeber der heutigen Sitzung, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Da es auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter keine Einwände zur Niederschrift vom 21.06.2018 gibt, stellt die Ausschussvorsitzende die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung: 2

Bezüglich der Tagesordnung schlägt Frau Dr. Schröter vor, die Tagesordnungspunkte 5.3 und 5.4 gemeinsam zu behandeln. Weiter schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte 5.5 und 6.3 ebenfalls gemeinsam zu behandeln.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes 6.1 informiert sie, dass dieser bereits in der Stadtverordnetenversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde und somit entfällt.

Frau Dr. Schröter teilt mit, dass es zum TOP 4.1 einen Antrag auf Rederecht von Vivian Kanner und zum TOP 5.5 von Frau Fischer gibt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.
Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig stattgegeben.

zu 3

Vorstellung Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Herr Buri, Marketingleiter der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, gibt einen kurzen Abriss über das Profil, die Aufgaben und Aktivitäten der Stiftung. Was die Nachbesetzung der Stelle des Generaldirektors betrifft, informiert er, dass Herr Berg momentan der kommissarische Leiter ist und die Stelle international ausgeschrieben wurde. Der Stiftungsrat wird voraussichtlich im November 2018 einen oder zwei Kandidaten verkünden, so dass im zweiten Quartal 2019 mit einer neuen Führung zu rechnen ist.

Weiter informiert Herr Buri, dass die Stiftung ein großes Augenmerk auf kulturelle Bildung legt und man diesbezüglich über zwei museumspädagogische Werkstätten verfügt. So kann man im Rahmen von Projektarbeit z.B. die Bildergalerie museumspädagogisch erschließen. Ein weiteres Projekt ist in Kooperation mit dem HBPB entstanden, der sogenannte „Tag in Potsdam“ wird über die Sparkassenstiftung finanziert und wurde bereits von über 70.000 Schülern aus Brandenburg genutzt. Des Weiteren gibt es noch Bildungsprojekte

mit der Leonardo da Vinci – Grundschule und der Evangelischen Grundschule in Babelsberg.

Frau Walter spricht die ungünstige Konstellation bei der Historischen Mühle an, die einerseits zur Stiftung gehört, aber durch den Mühlenverein betrieben wird. Sie macht auf die schwierige Situation der Historischen Mühle aufmerksam, die immer wieder durch langwierige Bau- und Sanierungsarbeiten mit erheblichen Einnahmeverlusten zu kämpfen hat. Sie bittet darum, hier vermittelnd tätig zu werden und auch bei zusätzlichen Werbemaßnahmen zu unterstützen. Des Weiteren schlägt sie vor, die Aufnahme der Historischen Mühle in das Kombiticket zu prüfen.

Herr Buri macht deutlich, dass die Sanierungsarbeiten zur Zeit ein zentrales Thema seien und verweist darauf, dass die Historische Mühle einen Grundsockel an Finanzen bekommt, auch wenn die Besucher fehlen.

Auf Nachfrage von Herrn Schultheiß, was den Etat der Schlösserstiftung betrifft, erklärt Herr Buri, dass für die Jahre 2018 bis 2030 insgesamt 400 Mio € für die Sanierung sämtlicher Anlagen in Potsdam und Berlin zur Verfügung stehen, davon können ca. 30 Projekte realisiert werden. Der Gesamtbedarf liegt hingegen bei ca 750 Mio €. Hinsichtlich der Personalkosten stehen im laufenden Haushalt ca. 55 Mio € zur Verfügung.

Herr Reich spricht das Thema Rückführung von Kunstgegenständen aus Russland an.

Herr Buri weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein höchst sensibles Thema handelt und die Restitution auf politischer Ebene abläuft.

Frau Dr. Schröter dankt Herrn Buri im Namen des Ausschusses für die anschaulichen Ausführungen.

zu 4 Straßenbenennungen/Straßennamenpool

zu 4.1 Antrag Aufnahme in den Straßennamenpool- Richard Heymann (siehe Infomail)

Vivian Kanner von der Mingamedia Entertainment GmbH führt aus, dass die Agentur gemeinsam mit der Tochter von Werner Richard Heymann das Anliegen verfolgt, dem erfolgreichen Komponisten Heymann die entsprechende Anerkennung zukommen zu lassen. Werner Richard Heymann war einer der erfolgreichsten Film- und Schlagerkomponisten der Weimarer Republik. 1929 war er musikalischer Leiter des ersten UFA-Tonfilms „Melodie des Herzens“. In der Folge begründete er das Genre der Tonfilm-Operette und komponierte bis 1939 die Musik für 15 UFA-Filme mit zahlreichen Hits (z.B. „Ein Freund, ein guter Freund“). 1936 ging er nach Hollywood und komponierte dort für über 40 Hollywoodfilme die Musik. Er erhielt vier Oscar-Nominierungen.

Herr Dr. Arlt merkt an, dass Werner Richard Heymann nicht in Potsdam gelebt hat. Dennoch passt der Name sehr gut zu den Straßennamen rund um das Gelände des Studios Babelsberg, daher ist aus seiner Sicht die Aufnahme in den Straßennamenpool zu empfehlen.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft spricht sich einstimmig für die Aufnahme von Werner Richard Heymann in den Straßennamenpool aus.

zu 4.2 Straßenbenennung im Bornstedter Feld in 14469 Potsdam hier: Bebauungsplan Nr. 80.3 "Rote Kaserne West"

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt dem Vorschlag der Bauverwaltung und des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld einstimmig zu, die Planstraße A in „Bonner Straße“ zu benennen, da sich diese Straße in etwa auf gleicher Höhe befindet, wie die Luzernstraße und Opolestraße.

Hinsichtlich der Benennung der Planstraße C 1 empfiehlt Herr Dr. Arlt, diese, wie vom Antragsteller vorgeschlagen, in „Hans Paasche-Straße“ zu benennen. In diesem Gebiet sind bereits Straßen nach Schriftstellern und Lyrikern des 20. Jahrhunderts benannt und im Namenspool der LHP gibt es aus diesem Bereich der Schriftsteller nur noch den Namen Hans Paasche.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt dem Vorschlag der Bauverwaltung und des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld einstimmig zu, die Planstraße C 1 in „Hans Paasche- Straße“ zu benennen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Aufnahme in den Straßennamenpool - Hannah von Bredow

Vorlage: 18/SVV/0566

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zur Aufnahme von Hannah von Bredow in den Straßennamenpool ein und erklärt, dass man im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum 20. Juli auf diesen Namen aufmerksam geworden ist.

Hannah von Bredow lebte in den Jahren von 1919 bis 1945 in Potsdam. Sie war eine entschiedenen Gegenerin des Nationalsozialismus und aktiv im Widerstand, als Mitglied der Bekennenden Kirche, Freundin der Attentäter vom 20. Juli und Helferin von Verfolgten. Sie ist heute eine fast vergessene Widerständlerin, die mit einer Straßenbenennung gewürdigt werden sollte.

Herr Dr. Arlt merkt an, dass Hannah von Bredow keine aktive Widerstandskämpferin war, aber eine sehr couragierte Frau gewesen ist und er daher die Aufnahme in den Straßennamenpool befürwortet.

Herr Reich verweist darauf, sich die Biografie von Hannah von Bredow etwas genauer anzuschauen.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Name Hannah von Bredow soll in den Straßennamenpool aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 5.2 Finanzielle Hilfe für das Filmorchester Babelsberg

Vorlage: 18/SVV/0617

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Schlüter bringt für die SPD den Antrag und Frau Dr. Schröter für die Fraktion DIE LINKE den Änderungsantrag zur finanziellen Hilfe für das Filmorchester Babelsberg ein. Sie weisen noch einmal auf die aktuell schwierige Situation des Filmorchesters hin und plädieren dafür, dass seitens des Landes und der Stadt eine finanzielle Übergangslösung zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebes gefunden werden muss.

Frau Aibel informiert den Ausschuss, dass man nach weiteren Gesprächen mit dem Land und auch Herrn Beyer vom Filmorchester eine finanzielle Lösung gefunden habe.

Sie berichtet, dass sie im Tonstudio gewesen ist, um sich die Aufnahmen anzuhören und die Störungen deutlich herauszuhören waren. Da sich Vertonungen von Filmen, zu denen die Filmcrews extra anreisen, zeitlich nicht verschieben lassen und auch um eine längere Freisetzung von Personal zu verhindern, ist eine finanzielle Lösung unabdingbar.

Demnach wird sich die Stadt mit einem Drittel und das Land mit zwei Dritteln an dem Rettungspaket beteiligen, womit der krisenhafte Zustand zunächst überwunden sei.

Frau Anlauf fragt nach, wie lange die Bautätigkeit andauern soll.

Frau Aibel erklärt, dass die Lärmbelästigung spätestens bis zum Sommer 2019 beendet sein soll.

Herr Reich erfragt, ob es sich bei finanzieller Unterstützung um eine vorübergehende Hilfe handelt.

Frau Aibel betont, dass diese vorübergehende Finanzhilfe keinen Einstieg in eine strukturelle Förderung seitens der Stadt darstellt, grundsätzlich könne man aber im Nachgang darüber nachdenken.

Herr Mensch plädiert dafür, auch wenn sich der Antrag durch entsprechendes Verwaltungshandeln erledigt hat, diesen dennoch abzustimmen und somit ein klares Votum des Ausschusses abzugeben.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich zusammen mit dem Land dafür einzusetzen, dass eine finanzielle Übergangslösung für die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes des Babelsberger Filmorchesters sichergestellt wird. Leider wurden bei der Erteilung der Baugenehmigung für das Bürogebäude die immensen Lärm- und eventuellen Bauschäden für das Haus des Filmorchesters nicht hinreichend beachtet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 5.3

Mieten Rechenzentrum

Vorlage: 18/SVV/0601

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

HA

Frau Dr. Schröter bringt den Antrag ein und plädiert für diesen, da die drastischen Mieterhöhungen für die meisten Mieter des Rechenzentrums nicht zu leisten sind. Sie betont, dass man die bei der ProPotsdam aufgelaufenen Betriebsmehrkosten nicht einfach auf die aktuelle Miete umlegen könne.

Herr Kümme gibt einen Überblick zum aktuellen Zeitplan bezüglich der Maßnahmen des Sanierungsträgers. Die Durchführung der Brandschutzmaßnahmen am Rechenzentrum sollen demnach bis April 2019 abgeschlossen sein. Nachdem im März 2019 mit der Herstellung des ersten Bauabschnitts für die Plantage begonnen werden soll, wird die Planung, Ausschreibung und Durchführung des 2. Bauabschnitts von Februar 2019 bis Juli 2020 erfolgen.

Hinsichtlich der aufgelaufenen Betriebskosten weist er darauf hin, dass man vor drei Jahren nicht wusste, wie hoch die Nutzungsintensität und damit verbunden die Höhe der Betriebskosten sein würde. Dementsprechend wurde der Mietpreis von sieben Euro festgelegt, der aber nicht den tatsächlichen Aufwendungen entsprach. Außerdem verweist er darauf, dass die meisten Mieter die neuen Verträge unterschrieben haben.

Frau Tietz merkt darauf hin an, dass die meisten nur unterschrieben haben, da sie keine andere Wahl hatten.

Herr Schlüter hätte gern Auskunft zu genauen Zahlen, wer sich die neue Miete leisten kann und wer nicht.

Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass der Standard im Rechenzentrum sehr gering ist und somit die Erhöhung der Mieten nicht gerechtfertigt ist. Des Weiteren plädiert sie für den Erlass des Gebäudes aus der Grundsteuer.

Herr Kümmel macht deutlich, dass die Mehrheit der Nutzer im Rechenzentrum keine Künstler, sondern gewerbliche Mieter sind und somit ein Erlass nicht möglich ist, da der Rohertrag durch die Vermietung an die gewerblichen Mieter erzielbar ist.

Herr Joffe erklärt, dass der Erhalt des Rechenzentrums als Kreativstandort eine kulturpolitische Entscheidung war bzw. ist und man daher die Förderung der Kreativen nun unterstützen muss.

Herr Mensch spricht sich gegen den Antrag aus, da er die Meinung vertritt, dass man keine Verträge unterschreiben kann, wenn man vorher weiß, dass man es sich nicht leisten kann.

Frau Klockow weist auf eine Gleichbehandlung aller Kreativen, auch an nicht innerstädtischen Standorten, hin.

Mehrere Ausschussmitglieder plädieren dafür, eine sozialverträgliche Lösung für die Mieter des Rechenzentrums zu finden.

Herr Voesgen gibt den Hinweis, zukünftig über das Modell einer Künstlerförderung nachzudenken.

Herr Reich hält es in diesem Zusammenhang für notwendig, entsprechende Förderkriterien zu formulieren.

Herr Schultheiß stelle einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um Beendigung des Tagesordnungspunktes.

Frau Dr. Schröter gibt dem Antrag statt und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und auf welche Weise die drastischen Mieterhöhungen für Mieterinnen und Mieter im Rechenzentrum gesenkt werden können.

Für die künftige Mietenberechnung im Rechenzentrum soll insbesondere geprüft werden:

1. Die Erhebung der Grundsteuer nach § 32 Grundsteuergesetz durch die Stadt,
2. keine Umlage der bei der ProPotsdam aufgelaufenen Betriebsmehrkosten, insbesondere
nutzerfremder Kosten, auf die neuen Mieten, sondern deren Ausbuchung,
3. Übernahme der derzeitigen Kostenstelle „Kulturmanagement“ des Betreibers SPI.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im November 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 2

Damit ist der Antrag
abgelehnt.

zu 5.4 Verbuchung Einnahmeverluste Rechenzentrum beim Sanierungsträger

Vorlage: 18/SVV/0591

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

HA, FA

Siehe TOP 5.3

Die Drucksache wird bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft zurückgestellt.

zu 5.5 Vorhabensbeschluss zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft für die Stadtteilarbeit der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 18/SVV/0634

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

JHA, HA

Herr Jäckel bringt die Beschlussvorlage zur Gründung bzw. Erwerb einer gemeinnützigen Gesellschaft der ProPotsdam GmbH für die Stadtteilarbeit in Potsdam ein und macht deutlich, dass sie einen wichtigen Baustein bei der strategischen Neuausrichtung der Stadtteilarbeit in der LHP darstellt.

Der Verein Soziale Stadt e.V. betreibt mit großem Engagement die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser Oskar und Friedrich-Reinsch-Haus, sowie den Nachbarschaftstreff am Alten Markt. Die organisatorischen und formalen Anforderungen sind aber für den Verein zunehmend eine Belastung, daher hat man sich darauf verständigt, dass die Aktivitäten an die ProPotsdam übertragen werden sollen. Durch die Einbindung in die städtische Holding können die administrativen Aufgaben professionalisiert und die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit gesichert werden.

Herr Heilmann von der proPotsdam unterstützt die Aussagen von Herrn Jäckel und unterstreicht noch einmal, dass es bei der Betreuung der genannten Begegnungshäuser bereits eine enge Verzahnung zwischen der ProPotsdam und dem Verein Soziale Stadt besteht und die Gründung einer neuen Rechtsform Sinn macht.

Frau Fischer von der Cubus GmbH begrüßt den Vorschlag der ProPotsdam und der Verwaltung, gibt aber zu bedenken, dass man darauf achten sollte, die Schaffung von Parallelstrukturen zu bereits bestehenden Trägerstrukturen zu vermeiden.

Herr Fröhlich macht deutlich, dass mit der Neugründung nicht beabsichtigt ist,

dass die ProPotsdam dem Träger bzw. Verein etwas wegnimmt. Dennoch müsse man diese Neugründung rechtlich genau prüfen. Daher sollte man eine weitere Plattform finden, um über diese Thematik zu reden.

Frau Tietz hält die Befürchtungen der Cubus GmbH für begründet und empfiehlt ebenfalls eine weitere gründliche Prüfung des Vorhabens.

Frau Klockow erbittet ebenfalls weitere Informationen zur Thematik und schlägt daher vor, den Antrag zurückzustellen.

Frau Aibel weist darauf hin, dass es sich bei der Beschlussvorlage zunächst um die Prüfung zur Gründung einer GmbH handelt und nicht um den beschluss zur Umsetzung.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft sprechen sich einstimmig dafür aus, die beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und in der zwischenzeit die anderen Fachausschüsse hinsichtlich ihrer Voten zu kontaktieren.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Bebauungsplan Nr. 78 "Französische Straße/Quartier Français", 1. Änderung, Teilbereich Am Kanal/Französische Straße - Aufstellungsbeschluss, Beschlusspunkt 4 - Erhalt des Kunsthauses "sans titre"

Vorlage: 18/SVV/0163

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
Der Tagesordnungspunkt hat sich erledigt, da die Vorlage bereits in der Stadtverordnetenversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

zu 6.2 Fortsetzung freiLand Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0584

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
Frau Aibel teilt mit, dass es hinsichtlich der Vertragsverlängerung für das freiLand noch zwei Aspekte gibt, die es juristisch zu klären gilt, sie aber zuversichtlich ist, was den Abschluss des neuen Vertrages betrifft.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Mitteilungsvorlage ohne weitere Nachfragen zustimmend zur Kenntnis.

Für das Begleitgremium zur Weiterführung des freiLand wird als Vertreter des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft Frau Dr. Schröter gewählt. Als Vertreter von Frau Dr. Schröter wird Uwe Fröhlich gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 6.3 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018

Vorlage: 18/SVV/0648

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Jäckel bringt die Mitteilungsvorlage ein, deren wesentliche Inhalte zum einen eine Bestandsaufnahme, die Formulierung von Zielstellungen sowie die Beschreibung von Maßnahmen beinhaltet, deren Umsetzung zu prüfen sind. Im Ergebnis der Bestandsaufnahme wurde festgestellt, dass es in der LHP bisher keine Organisationsstruktur gibt, die auf Ebene der Orts- und Stadtteile die Bündelung kommunaler Ressourcen steuert und als Anlaufstelle für Belange der Träger fungiert.

Weiter informiert Herr Jäckel, dass einige der im Konzept formulierten Maßnahmen, aufgrund eines veränderten Personalbedarfs, mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

Auf Nachfrage von Frau Tietz, ob auch die entsprechenden Träger der Stadtteilarbeit einbezogen waren, erklärt Herr Jäckel, dass diese punktuell bei der Konzepterarbeitung einbezogen wurden.

Herr Fröhlich weist darauf hin, dass die Verzahnung mit anderen Konzepten wichtig sei.

Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft sprechen sich mehrheitlich positiv für das Gesamtkonzept zur Stadtteilarbeit aus und nehmen die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

zu 6.4 Zwischenbericht "Denkmal für die Friedliche Revolution" gemäß Beschluss 18/SVV/0063

Herr Büloff berichtet, dass das Begleitgremium bereits zweimal getagt hat und Kriterien für die Ausschreibung erarbeitet. Die Prüfung um Fördermöglichkeiten über den Mauerfonds des Bundes war leider nicht erfolgreich und wurde abgelehnt.

Bis zum 31. Oktober 2018 wird ein Antrag auf Kulturprojektmittel beim MWFK eingereicht.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft bittet um erneute Berichterstattung im November 2018

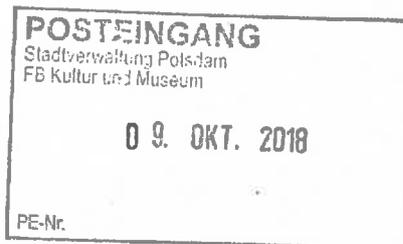
TOP
Sonstiges

Frau Dr. Schröter informiert, dass die Sitzung des Ausschusses im Oktober 2018 entfällt, da im Vofeld keine weitere Stadtverordnetenversammlung stattfindet. Weiter teilt sie mit, dass die Sitzung im November 2018 im Kunsthaus am Ulanenweg stattfindet.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses
für Kultur und Wissenschaft

Diana Müller
Schriftführerin

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
der Stadtverordnetenversammlung
über 24



**Umbenennung der Thomas-Müntzer-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)
Hier: Nord-Süd-Verlauf parallel zur Bahntrasse zwischen Kossätenweg und
Reiherbergstraße**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam beabsichtigt, einen Teil der Thomas-Müntzer-Straße im OT Golm aus ordnungsrechtlichen Gründen umzubenennen und für den dann umbenannten sowie bestehen bleibenden Teil der Thoms-Müntzer Straße eine komplett neue Hausnummerierung vorzunehmen.

Konkret soll der bestehende Nord-Süd-Verlauf zwischen Kossätenweg und Reiherbergstraße umbenannt werden, da dieser Teil der Thomas-Müntzer Straße erst nachträglich durch eine zunehmende Bebauungsverdichtung eine melderechtliche Bedeutung erlangt hat. Der ursprüngliche Straßenverlauf der Thoms-Müntzer Straße, der Ost-West-Verlauf zwischen Bahntrasse und Reiherbergstraße (parallel zum Kossätenweg), soll hingegen seinen Straßennamen behalten. Auf den in der Anlage beigefügten Plan wird Bezug genommen.

Im Zusammenhang mit der geplanten Straßenumbenennung und Hausumnummerierung hat der Fachbereich Kataster und Vermessung der Stadtverwaltung in Abstimmung mit dem Ortsbeirat Golm alle von der Umbenennung sowie Umnummerierung betroffenen Grundstückseigentümer angeschrieben und über die notwendigen Verfahren informiert. Des Weiteren wurden die betroffenen Eigentümer gebeten, ggf. geeignete Straßennamenvorschläge zu unterbreiten. Ziel war es, die mit einer Straßenumbenennung sowie Hausumnummerierung unvermeidlich einhergehenden Unannehmlichkeiten zumindest dahingehend zu mildern, dass die betroffenen Anlieger des umzubenennenden Straßenabschnittes den neuen Straßennamen selbst wählen können, damit der neue Straßename auch von den Bürgern angenommen wird.

Im Ergebnis dieser Vorabinformation/Befragung wurden dem Ortsbeirat sowie der Verwaltung mehrere Straßennamenvorschläge unterbreitet. Wie die weitergehende Prüfung ergab, war allerdings nur ein Straßename (*Akazienweg*) tatsächlich gut geeignet, um ggf. Verwendung zu finden. So ist einerseits der Straßennamenvorschlag „*Akazienweg*“ in der Landeshauptstadt Potsdam noch nicht vergeben und hat andererseits einen direkten Bezug zur lokalen Flora – im Verlauf des umzubenennenden Straßenabschnittes stehen mehrere große Akazienbäume. Zudem sind im Ortsteil Golm in den letzten 10 Jahren ausschließlich Straßennamen mit einem Bezug zur lokalen bzw. regionalen Tier- und Pflanzenwelt verwendet worden, um den Ortsteilcharakter deutlich hervorzuheben.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Straßennamenvorschläge scheint dieser Vorschlag auch derjenige zu sein, der am meisten Zuspruch von allen Seiten erhalten würde, weil er besonders gut in das bestehende Straßennamenbild des Ortsteils Golm passt. Aus diesem

Grund hat der Ortsbeirat Golm in seiner Sitzung am 13.09.2018 mit Beschluss 18/OBR/0644 einstimmig für die Umbenennung des betroffenen Straßenabschnittes in „Akazienweg“ gestimmt.

Es wird daher beantragt, den Nord-Süd-Verlauf der Thomas-Müntzer-Straße, gelegen zwischen Kossätenweg und Reiherbergstraße, in

„Akazienweg“

umzubenennen.

Ich bitte Sie, über den Antrag zu beraten und mir das Ergebnis mitzuteilen, damit die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werden kann.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Rubelt

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Anlagen

- Plan zur Umnummerierung/Umbenennung (1 Blatt, 10-fach)
- Beschluss 18/OBR/0644 vom 13.09.2018 (1 Blatt, 10-fach)



Legende

- ⊗ Hausnummer neu Thomas-Müntzer-Straße
- ⊗ Hausnummer neuer Straßennamen
- ⊗ "vorgehaltene" Hausnummer Brache

**Neuordnung der Hausnummern
Thomas-Müntzer-Straße**



BESCHLUSS
der 54. öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Golm am 13.09.2018

Umbenennung Teilabschnitt Thomas-Müntzer-Straße Golm
Vorlage: 18/SVV/0644

Im Zuge des Umnummerierungsverfahrens der Thomas-Müntzer-Straße in Golm ist der in der Anlage gekennzeichnete Straßenabschnitt in „Akazienweg“ umzubenennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Ortsbeirates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 14. September 2018

S. Meyhöfer
Schriftführerin